

20. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

21. September 1951.

336/J

A n f r a g e

der Abg. Ernst F i s c h e r und Genossen
an den Bundeskanzler,

betreffend die die Unabhängigkeit Österreichs bedrohenden Kriegsmassnahmen der
Amerikaner auf österreichischem Boden.

Mit wachsender Besorgnis beobachtet die friedliebende Bevölkerung
Österreichs die Einbeziehung unseres Landes in die Kriegsvorbereitungen des
Atlantikblocks.

Die amerikanische Besatzungsmacht hat im Einverständnis mit der öster-
reichischen Regierung in Siezenheim-Wals alteingesessene Bauernfamilien von Haus
und Hof verjagt und den Bau einer Militärstadt in Angriff genommen. Die amerikani-
sche Militärstadt vor den Toren der alten Kulturstadt Salzburg soll eine kriegs-
starke amerikanische Division, 15.000 bis 20.000 Mann mit allem Zubehör,
beherbergen. Die Errichtung der Salzburger Militärstadt war nur ein erster
Schritt in der Durchführung eines für Österreich verhängnisvollen Plans, ihm
folgten die Konfiskationen von Bauerngründen im Gschnitztal und anderen Teilen
Tirols, die militärischen Vermessungsarbeiten in den Ländern Salzburg, Tirol,
Kärnten und Steiermark, die beschleunigte Fertigstellung neuer Flugplätze und
strategischer Strassen. Salzburg wurde zum Operationszentrum der amerikanischen
"Alpenfestung" auserschen, die als entscheidender militärischer Stützpunkt in
einer von Triest bis an die Nordsee reichenden Frontlinie gedacht ist.

Hand in Hand mit den Kriegsvorbereitungen in Westösterreich ging die
aus dem Hauptquartier Eisenhowers stammende, von keiner Seite dementierte Mit-
teilung, dass die westlichen Bundesländer als Aufmarschgebiet der Atlantik-
mächte gelten und dem Kommando des amerikanischen Admirals Carney und des italie-
nischen Generals Castiglioni unterstellt wurden. Die österreichische Regierung
hat diesen ungeheuerlichen Bruch aller internationaler Verträge, diese Aggression
gegen die Lebensinteressen unseres friedliebenden Volkes stillschweigend hin-
genommen, ja sie hat es nicht einmal für nötig gefunden, die österreichische
Öffentlichkeit zu informieren. Und noch mehr: Im Laufe des Sommers haben wieder-
holt militärische Besprechungen und Inspektionen auf österreichischem Boden
stattgefunden, wobei sich die Regierung, im Falle der britischen Inspektion
sogar durch den Bundeskanzler und den Vizekanzler, vertreten liess.

21. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

21. September 1951.

Wie aus einem unwidersprochenen Bericht des in Köln erscheinenden Wochenblattes "Rheinischer Merkur" hervorgeht, stehen auf österreichischem Boden nicht nur ausländische, sondern auch österreichische Einheiten, die als "österreichischer Wehrbeitrag" zur Atlantikarmee angesehen werden. In dem Bericht heisst es:

"Ein österreichisches Sachverständigenkomitee, Keimzelle eines künftigen Kriegsministeriums, hat in aller Stille die Vorarbeiten für die Aufstellung eines 50.000-Mann-Heeres beendet. Diese neue österreichische Wehrmacht soll genormtes amerikanisches Kriegsmaterial, Panzerabwehrkanonen, 40-t-Panzer, Düsenjäger und Jeeps erhalten.

Während Österreichs Regierungsparteien, die christliche "Volkspartei" und die "Sozialdemokraten", noch zwischen 'stehender Truppe mit beschränkter Dienstpflicht' und 'nicht aktiver Bürgerarmee mit zweijähriger Dienstpflicht' schwanken, befürworten Aussenminister Gruber und Bundeskanzler Figl den amerikanischen Vorschlag eines österreichischen Armeekontingents in einer Europaarmee".

Das bedeutet also, dass die österreichische Gendarmerie in den westlichen Bundesländern eine getarnte militärische Kadertruppe unter ausländischem Kommando ist und als ein Teil der Atlantikarmee angesehen wird.

Es wird immer offenkundiger, dass die fieberhaft betriebene Aufrüstung Westdeutschlands auch auf Österreich übergreift, dass hinter den Kulissen der militärische Anschluss Westösterreichs an Westdeutschlands vollzogen wird.

Im Zusammenhang mit dem angekündigten Sondervertrag zwischen Westdeutschland und den Mächten des Atlantikblocks, mit der geplanten Aufstellung einer deutschen Armee unter dem Kommando alter Hitlergeneräle und dem Oberkommando Eisenhowers rücken auch die neuerlichen Erklärungen des Bundeskanzlers Dr. Figl und des Aussenministers Dr. Gruber über den Staatsvertrag in ein eigenartiges Licht. Wenn der Aussenminister nach dem Abschluss des amerikanisch-japanischen Vertrages, der Japan zu einem militärischen Stützpunkt der USA macht, und nach der Ankündigung, dass ein ähnlicher Vertrag mit Westdeutschland unmittelbar bevorstehe, die Erklärung abgab, man müsse zur Erreichung des österreichischen Staatsvertrages "zu wirksameren internationalen Methoden" übergehen, so kann das nur die tiefste Beunruhigung hervorrufen.

22. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

21. September 1951.

Durch die Kriegsvorbereitungen des aggressiven Atlantikblocks auf österreichischem Boden, durch die Einbeziehung Österreichs in das amerikanische Kriegssystem wird die friedliche Entwicklung unseres Landes gefährdet, seine Unabhängigkeit mit Füßen getreten und seine Einheit bedroht.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundeskanzler die

A n f r a g e :

Ist die österreichische Regierung bereit, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln öffentlich gegen die amerikanischen Kriegsvorbereitungen in Österreich Protest zu erheben und keinerlei Mittel des österreichischen Staates in irgend einer Form für die amerikanischen Kriegsrüstungen zur Verfügung zu stellen, weil dadurch der Frieden, die Einheit und Unabhängigkeit unseres Landes ernsthaft gefährdet werden?
